

Sechste Ordentliche Vollversammlung der ESG

Vom 17. bis 18. September 2020 tagte virtuell die 6. Ordentliche Vollversammlung des Verbandes der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland. Sie stand unter dem Motto „Sagen was Sache ist – Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in unserer Gesellschaft“ und befasste sich in Workshops, Vorträgen und Diskussionsrunden auf vielfältige Weise mit diesem Thema. Den Hauptvortrag hielt Martin Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen.

Im Geschäftsführenden Ausschuss waren drei Plätze neu zu besetzen. Als studentische Vertreter*innen wurden Tabea Frinzel (ESG Greifswald) und Daniel Poguntke (ESG Chemnitz) gewählt. Aus den Reihen der Hauptamtlichen wurde Studierendenpfarrer Thomas Braun (ESG Bamberg) ebenfalls für zwei Jahre gewählt. Weiterhin gehören dem Geschäftsführenden Ausschuss Simon Schönbeck (ESG Göttingen) als studentisches Mitglied sowie Studierendenpfarrer Markus Franz (ESG Leipzig) und Studierendenpfarrerin Sonja Sibbor-Heißmann (ESG Passau) als hauptamtliche Mitglieder an. Als ständige Mitglieder gehören dem Geschäftsführenden Ausschuss der ESG außerdem an: Michael Peters (Generalsekretär der aej), Wolfgang Bönisch (ständiger Vertreter von Dr. Thies Gundlach, Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD) sowie Karl Ludwig Ihmels (Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen) als Vertreter der gliedkirchlichen Referent*innen.

Ergebnisse und Beschlüsse

Teilnehmer*innen

An der Vollversammlung nahmen zum Zeitpunkt der Feststellung der Beschlussfähigkeit Delegierte aus 43 ESGn (Minimum lt. Ordnung: 20) sowie aus 14 Landeskirchen (Minimum lt. Ordnung: 10) teil. Die Vollversammlung war damit beschlussfähig.

Mit den Delegierten, die später anreisten, Gästen, Referent*innen und Geschäftsstellenmitarbeiter*innen nahmen damit mehr als 100 Menschen an der Vollversammlung teil.

Wahlen

Geschäftsführender Ausschuss

Studentisch:

Tabea Frinzel, ESG Greifswald
Daniel Poguntke, ESG Chemnitz

Hauptamtlich:

Thomas Braun, Studierendenpfarrer ESG Bamberg

Vorschläge an den Rat der EKD für zu berufende EKD-Synodale

Henriette Greulich, ESG Dresden
Lydia Metz, ESG Bonn
Daniel Poguntke, ESG Chemnitz (Stellv.)
Daniel Dohndorf, ESG Dresden (Stellv.)
Julius Schwarz, ESG Jena (Stellv.)
Johanna Thümling, ESG Passau (Stellv.)

Delegierte bei Partnerorganisationen und in Gremien

Hauptamtlichenkonferenz (HAK)

Lydia Metz, ESG Bonn
Hans-Peter Solowan, ESG Erlangen

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden (AKH)

Clara Hüther, ESG Koblenz

Ökumenisches Netzwerk „Initiative Kirche von unten“ (IKvu)

Alexander Schmitz, ESG Kiel

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE)

Eva Rothe, ESG Marburg

Ev. Studienwerk Villigst

Jennifer Ikert, ESG Münster
Svenja Schürer, ESG Chemnitz

Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD)

Katrin Franzmann, ESG Passau
Johanna Thümling, ESG Passau

Rat muslimischer Studierender und Akademiker (RAMSA)

Verena Kipp, ESG Osnabrück

WSCF Europe

Sarah Eulitz, ESG Paderborn
Julia Ramackers, ESG Passau

Jüdische Studierendenunion Deutschlands

Verena Kipp, ESG Osnabrück

Beschlüsse

AG Klima und Nachhaltigkeit - Verlängerung

Die ESG-Vollversammlung hat beschlossen, die AG Klima und Nachhaltigkeit für ein Jahr zu verlängern.

AG Queer - Verlängerung

Die ESG-Vollversammlung hat beschlossen, die AG Queer um ein Jahr zu verlängern.

Gründung Arbeitsgemeinschaft ‚Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation‘

Die ESG-Vollversammlung hat beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft „Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation“ zu gründen.

Ziel ihrer Arbeit ist, ein Konzept mit folgenden Schwerpunkten erarbeiten:

- Zielgruppen und Zielsetzung der Öffentlichkeitsarbeit
- Bestandsaufnahme und Prüfung der bestehenden Kommunikationskanäle („ansätze“, Homepage, Resolutionen, Publikationen, Newsletter, Soziale Medien, Stand beim Kirchentag und der EKD Synode, etc.)
- Entwicklung eines gesamtheitlichen Öffentlichkeitskonzepts
- ggf. Etablierung neuer Kommunikationsmittel und Pflege dieser
- Hinweise an Orts-ESGn zu Öffentlichkeitsarbeit

Insbesondere die Homepage und die „ansätze“ werden bei der Arbeit beachtet.

Mund-Nasen-Bedeckung mit ESG Logo

Die Bundes-ESG-Geschäftsstelle soll Mund-Nasen-Bedeckungen mit ESG- Logo beschaffen, die von den einzelnen Gemeinden erworben werden können.

Die Bundes-ESG soll bei dem Druck und der Anschaffung dieser Mund-Nasen-Bedeckungen auf die Nachhaltigkeit und Qualität dieser Produkte achten, was z. B. eine Verstärkung im Nasenbereich beinhaltet. Als Grundfarben schlagen wir weiß oder grau vor und das Logo in roter Farbe. Dieses Logo sollte dezent an der Seite der Maske aufgedruckt werden.

Diese Mund-Nasen-Bedeckungen sind neben der Pflicht sie in unterschiedlichen öffentlichen Räumen zu tragen auch Zeichen der Solidarität gegenüber Menschen, die besonders vor einer Infektion geschützt werden müssen. Durch das aufgedruckte ESG Logo grenzen wir uns deutlich ab von Verschwörungstheoretiker*innen und Corona-Leugner*innen und schaffen auch trotz und mit Abstandsbestimmungen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Zudem können sie dabei helfen, die ESG nach außen zu repräsentieren und wären aufgrund der sicheren Nachfrage auch ohne größeren Aufwand zu vertreiben.

Hilfe für Moria jetzt! - die Zeit drängt

Die Vollversammlung 2020 des Verbandes der Studierendengemeinden in Deutschland unterstützt den Offenen Brief von Pro Asyl, Brot für die Welt, der Diakonie und anderer NGOs zur Katastrophe von Moria an Bundeskanzlerin Angela Merkel bezüglich der aktuellen Situation in Moria.

Ausdrücklich fordern wir: Katastrophenhilfe jetzt – Hilfe an und für die betroffenen Menschen jetzt. Dazu gehört der sofortige Beginn der Evakuierung und die Auflösung der Hotspots an den EU-Außengrenzen.

Wir haben Platz. Wir nehmen mit Dankbarkeit wahr, dass es Menschen und Kommunen in Deutschland gibt, die Menschen aus Moria aufnehmen wollen. Wir können die politischen Überlegungen, dass es eine europäische Lösung geben muss, gut nachvollziehen. Nur: Die Zeit dafür fehlt angesichts der Situation in Moria. Die Angst, einen erneuten Präzedenzfall zu schaffen, oder gar die Suche nach Schuldigen bzw. dem parteipolitisch Angemessenen sollte nicht handlungsleitend sein. Europa muss die Menschenwürde und das Recht auf Leben an die erste Stelle setzen - und dabei sollte Deutschland mutig vorgehen. Fehlende europäische Solidarität kann keine Entschuldigung sein für fehlende Solidarität Deutschlands. Wir fordern insbesondere den Innenminister auf, die Aufnahmebereitschaft von Menschen in Deutschland nicht gering zu achten und die Angebote der Bundesländer, Städte und Kommunen nicht weiter zu behindern!

Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik: Das Dublin-System und damit die Praxis, das Versagen der EU-Politik an oder hinter die EU-Außengrenzen zu verlagern, ist gescheitert. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss dringend dazu genutzt werden, das „Weiter so“ der europäischen Flüchtlingspolitik zu beenden.

Die vollständige Fassung des Protokolls wird nach seiner Bestätigung durch den Geschäftsführenden Ausschuss auf der Website der Bundes-ESG veröffentlicht werden.